

# Amtsblatt

## für den Kreis Paderborn

zugleich satzungsmäßiges Verkündungsorgan der Stadt Bad Wünnenberg

---

78. Jahrgang

22. März 2021

Nr. 54/ S. 1

---

	Inhaltsübersicht:	Seite:
165/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; <b>Salzkotten, katholische Kindertageseinrichtung St. Petrus und Paulus, Gruppe Gänseblümchen</b>	2 - 6
166/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; <b>Paderborn, Pelizaeus-Gymnasiums, Kurse KU G4, E G5, KR G2, E G2, MG 2</b>	7 - 11
167/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen – über die Feststellung Ausbruch der Geflügelpest im Kreis Paderborn	12
168/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen – über die Tierseuchen-Allgemeinverfügung zum Schutz gegen die Geflügelpest und zur Festlegung des Sperrbezirks sowie des Beobachtungsgebietes vom 22.03.2021	13 - 18

165/2021

**Allgemeinverfügung  
des Kreises Paderborn  
zur Absonderung in häusliche Quarantäne  
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus  
SARS- CoV- 2**

**gegenüber**

**den Kindern sowie dem Betreuungspersonal der Gruppe Gänseblümchen, der katholischen  
Kindertageseinrichtung St. Petrus und Paulus, An der Schützenhalle 12,  
33154 Salzkotten-Scharmede**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

**Allgemeinverfügung**

I.

Alle Kinder sowie das Betreuungs- und Erziehungspersonal der Gruppe Gänseblümchen, der katholischen Kindertageseinrichtung St. Petrus und Paulus, An der Schützenhalle 12, 33154 Salzkotten-Scharmede die im Zeitraum vom 15.03.2021 bis zum 19.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 02.04.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

**Begründung**

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Kinder sowie das Betreuungs- und Erziehungspersonal der Gruppe Gänseblümchen der katholischen Kindertageseinrichtung St. Petrus und Paulus, An der Schützenhalle 12, 33154 Salzkotten-Scharmede sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Erzieherin der Gruppe Gänseblümchen der katholischen Kindertageseinrichtung St. Petrus und Paulus, An der Schützenhalle 12, 33154 Salzkotten-Scharmede ist am 18.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit den infizierten Personen in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wur

de am 18.03.2021 bei der betroffenen Person eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 19.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 17 Abs. 2 Satz 3 Corona-Test-und-Quarantäneverordnung (CoronaTestQuarantäneVO). Eine Verkürzung nach § 17 Abs. 2 S. 3 CoronaTestQuarantäneVO soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen

([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html)) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infek

tionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiosität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorkommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 20.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

166/2021

**Allgemeinverfügung  
des Kreises Paderborn  
zur Absonderung in häusliche Quarantäne  
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus  
SARS- CoV- 2**

**gegenüber**

**den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrpersonal der Kurse  
KU G4, E G5, KR G2, E G2, MG 2  
des Pelizaeus-Gymnasiums Paderborn, Gierswall 2, 33102 Paderborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

**Allgemeinverfügung**

I.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Kurse KU G4, E G5, KR G2, E G2, MG 2 des Pelizaeus-Gymnasiums Paderborn, Gierswall 2, 33102 Paderborn, die in der Zeit vom 16.03.2021 bis 18.03.201 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 01.04.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein

**Amtsblatt  
für den Kreis Paderborn**

**78. Jahrgang**

**22. März 2021**

**Nr. 54 / S. 8**

Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

**Begründung**

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal der Kurse KU G4, E G5, KR G2, E G2, MG 2 des Pelizaeus-Gymnasiums Paderborn, Gierswall 2, 33102 Paderborn, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Schülerin der Kurse KU G4, E G5, KR G2, E G2, MG 2 des Pelizaeus-Gymnasiums Paderborn, Gierswall 2, 33102 Paderborn ist am 20.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit den infizierten Personen in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 20.03.2021 bei der betroffenen Person eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 18.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine mildereren Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 17 Abs. 2 Satz 3 Corona-Test-und-Quarantäneverordnung (CoronaTestQuarantäneVO). Eine Verkürzung nach § 17 Abs. 2 S. 3 CoronaTestQuarantäneVO soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen

([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html)) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiösität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorkommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 22.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

167/2021

**Öffentliche Bekanntmachung  
über den Ausbruch der Geflügelpest im Kreis Paderborn**

Der Ausbruch der Geflügelpest bei einem gehaltenen Vogel in einem Geflügelbestand in Delbrück ist am 22.03.2021 amtlich festgestellt worden.

Der Ausbruch der Geflügelpest wird gemäß § 18 Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1665, 2664) öffentlich bekannt gemacht.

Paderborn, 22.03.2021

Kreis Paderborn  
Der Landrat  
Im Auftrag  
gez.

Beninde

168/2021  
Kreis Paderborn  
Der Landrat  
Aldegrevestr. 10 - 14  
33102 Paderborn

**Tierseuchen-Allgemeinverfügung**

**zum Schutz gegen die Geflügelpest und zur Festlegung des Sperrbezirks sowie des Beobachtungsgebietes  
vom 22.03.2021**

Gemäß

§§ 35, 36, 41, 43 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12. November 1999 (GV. NRW. S. 602),

§ 6 Abs. 1 Nr. 18 und § 32 Tiergesundheitsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2018 (BGBl. I S. 1938)

§ 80 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686)

§ 1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten der Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und der Beseitigung tierischer Nebenprodukte sowie zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Tierseuchenverordnungen vom 27.02.1996 (GV. NRW S. 104)

§§ 21 und 27 der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2018 (BGBl. I S. 1665, 2664)

- jeweils in der derzeit geltenden Fassung –

treffe ich zum Schutz vor den von der Geflügelpest ausgehenden Gefahren folgende Anordnungen:

1. Um den Ausbruchsbetrieb herum wird nach § 21 Abs. 1 der Geflügelpest-Verordnung ein **Sperrbezirk** für das Gebiet des Kreises Paderborn festgelegt. Die Grenzen des Sperrbezirkes werden wie folgt beschrieben und sind in der beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Verfügung ist, als  
innere Linie dargestellt:

Verlauf der Kreisgrenze Paderborn-Gütersloh ab dem Ausgangspunkt Haselhorster Straße bis zur Westerloher Straße

Westerloher Str. südlich folgen bis Giptenweg, Giptenweg südwestlich folgen bis Grafhörsterweg, Grafhörsterweg südöstlich folgen bis Schöninger Str., Schöninger Str. südwestlich folgen bis Am Sporckhof, Am Sporckhof südöstlich folgen bis Nordhagener Str., Nordhagener Str. östlich folgen bis Brinkweg, Brinkweg südwestlich folgen bis Schmaler Weg, Schmaler Weg folgen bis Westenholzer Str., Westenholzer Str. westlich folgen bis Verbindungsweg, Verbindungsweg südlich folgen bis Obernheideweg, Obernheideweg westlich folgen bis Westenholzer Str., Westenholzer Str.

**Amtsblatt  
für den Kreis Paderborn**

**78. Jahrgang**

**22. März 2021**

**Nr. 54 / S. 14**

südwestlich folgen bis Wiebeler Str., Wiebeler Str. erst nordöstlich, dann nordwestlich folgen bis Wulfhorster Str., Wulfhorster Str. westlich folgen bis Haselhorster Str.,

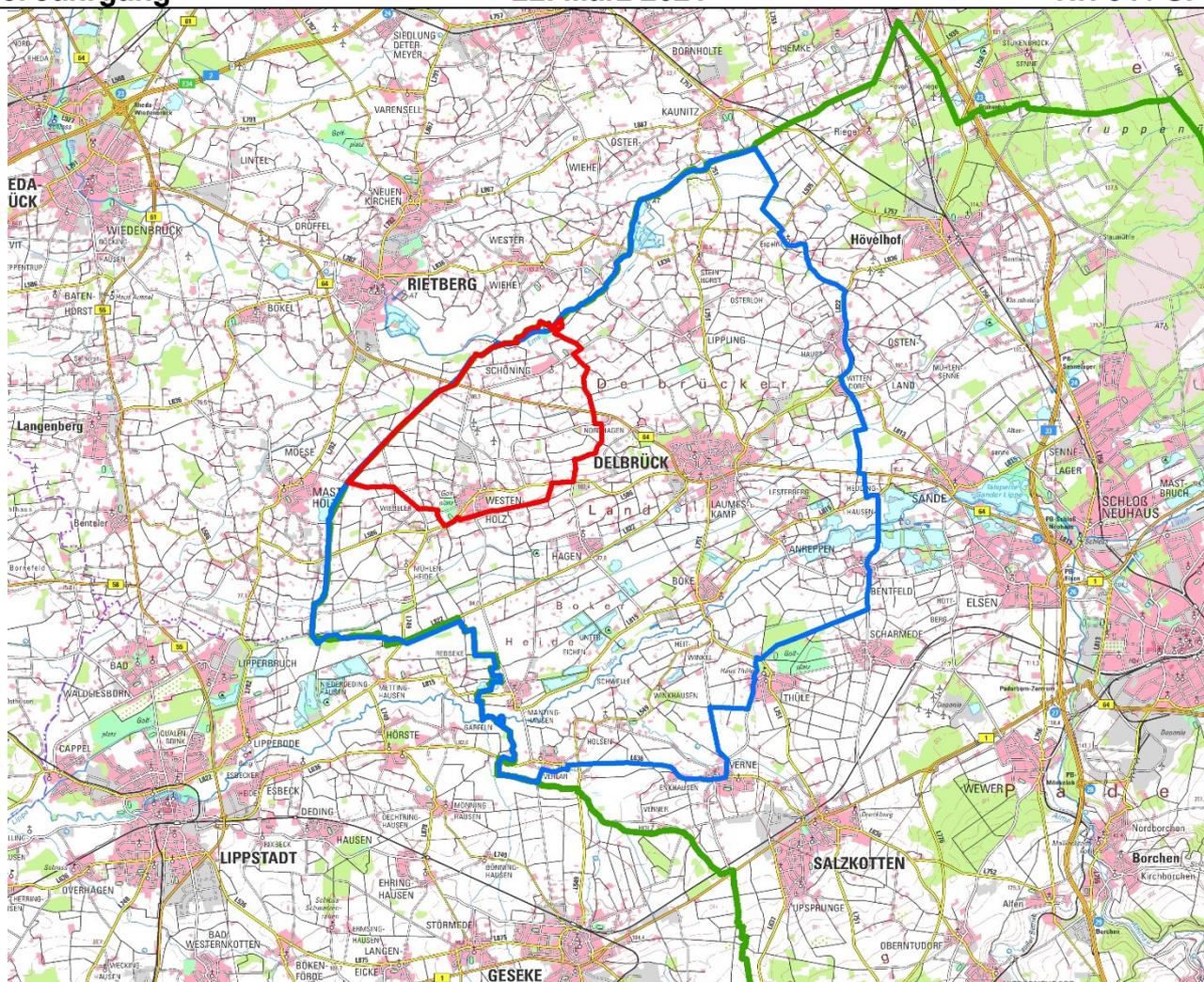
Haselhorster Straße bis zum Ausgangspunkt an der Kreisgrenze Gütersloh-Paderborn

2. Um den unter Nr. 1 festgelegten Sperrbezirk herum wird nach § 27 Abs. 1 der Geflügelpest-Verordnung ein **Beobachtungsgebiet** für das Gebiet des Kreises Paderborn festgelegt. Die Grenzen des Beobachtungsgebietes werden wie folgt beschrieben und sind in der beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Verfügung ist, als äußere Linie dargestellt:

Verlauf der Kreisgrenze Paderborn-Gütersloh von dem Zusammentreffen mit der Kreisgrenze Soest am Boker Kanal bis zur Kaunitzer Straße in der Gemeinde Hövelhof

Kaunitzer Straße in der Gemeinde Hövelhof ab Kreisgrenze Paderborn-Gütersloh folgen bis Emsallee, Emsallee folgen bis Detmolder Straße, Detmolder Straße südlich folgen bis Espelner Straße, Espelner Straße südöstlich folgen bis Hövelhofer Straße (L822), Hövelhofer Straße (L822) südlich folgen bis Wittendorfer Straße, Wittendorfer Straße südlich folgen bis Wasserwerkstraße, Wasserwerkstraße folgen bis Verbindungsweg zur Bundesstraße 64 (B64), Verbindungsweg zwischen Wasserwerkstraße und B64, B64 ab Einmündung Verbindungsweg zur Wasserwerkstraße folgen bis Einmündung Kreuzmeer, Kreuzmeer folgen bis zur Einmündung Graf-Meerveldt-Straße, Graf Meerveldt-Straße östlich folgen bis Heddinghauser Straße (K3), Heddinghauser Straße (K3) folgen bis Scharmeder Straße, Scharmeder Straße folgen bis zur Einmündung Bentfelder Weg, Bentfelder Weg folgen bis Glockenpohl, Glockenpohl folgen bis Thüler Straße, Thüler Straße ab Einmündung Glockenpohl folgen bis Einmündung Bleichstraße, Bleichstraße folgen bis Birkenstraße, Birkenstraße folgen bis zur Einmündung Liemekestraße, Liemekestraße folgen bis Boker Damm (K55), Boker Damm (K55) ab Einmündung Liemekestraße südlich folgen bis Mühlendamm, Mühlendamm folgen bis Hauptstraße (L636) (Verne), Hauptstraße (L636) (Verne) ab Einmündung Mühlendamm folgen bis Enkhausen, Enkhausen folgen bis Verlarer Straße und wiederum folgen bis Lippstädter Straße, Lippstädter Straße folgen bis zur Einmündung Am Damm, Am Damm folgen bis Dammstraße, Dammstraße ab Einmündung Am Damm folgen bis zur Einmündung Verlarer Weg, Verlarer Weg folgen bis Kreisgrenze Paderborn-Soest

Verlauf der Kreisgrenze Paderborn-Soest ab Verlarer Weg bis zum Zusammentreffen mit der Kreisgrenze Gütersloh am Boker Kanal



3. Die sofortige Vollziehung meiner Anordnungen zu Nr. 1 - 2 wird hiermit nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet, soweit die aufschiebende Wirkung der Anfechtung nicht bereits nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO i. V. m. § 37 Tiergesundheitsgesetz entfällt.
4. Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG NRW.
5. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

**Begründung:**

**Zu 1. und 2.:**

Am 22.03.2021 wurde der Ausbruch der Geflügelpest bei einem gehaltenen Vogel in einem Geflügelbestand in Delbrück amtlich festgestellt.

Nach § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten der Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte sowie zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Tierseuchenverordnungen bin ich als Kreisordnungsbehörde für den Erlass der Tierseuchenverfügung zur Vermeidung der Einschleppung oder Verschleppung des hochpathogenen aviären Influenzavirus (Geflügelpest) zuständig.

Nach §§ 21 Abs. 1 und 27 Abs. 1 der Geflügelpest-Verordnung legt die zuständige Behörde im Falle der amtlichen Feststellung der Geflügelpest bei einem gehaltenen Vogel um den betroffenen Betrieb einen Sperrbezirk mit einem Radius von mindestens 3 km und um den Sperrbezirk ein Beobachtungsgebiet fest; der Radius von Sperrbezirk und Beobachtungsgebiet zusammen beträgt mindestens zehn Kilometer.

Die Klassische Geflügelpest ist eine hoch ansteckende Viruserkrankung bei Hühnern und anderen Geflügel- und Vogelarten (z. B. Enten, Gänse, Laufvögel, Puten, Wachteln, Fasane, Wildvögeln). Auch Katzen und Schweine können potentielle Träger des Erregers der Geflügelpest sein. Sie ist anzeigepflichtig.

Das Virus wird durch direkten Tierkontakt, aber auch über die Luft übertragen, so dass sich eine Infektion rasch ausbreiten kann. Die Seuche kann ebenfalls durch indirekten Kontakt über Personen, andere gehaltene Säugetiere, Fahrzeuge, Transportbehälter, Verpackungsmaterial, Eierkartons, Einstreu oder tierischen Schädlingen, aber auch durch Virus ausscheidende Wildvögel übertragen werden.

Der Erreger wird mit den Sekreten des Nasen-Rachen-Raumes sowie mit dem Kot ausgeschieden. Die meisten, wenn nicht alle, Vogelarten sind empfänglich für die Infektion. Hoch empfänglich sind Puten und Hühner.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der bisher durchgeführten ersten epidemiologischen Ermittlungen, der Strukturen des hiesigen Handels, der örtlichen Gegebenheiten, natürlicher Grenzen, der örtlichen Haltung von Tieren empfänglicher Arten, ökologischer Gegebenheiten, Überwachungsmöglichkeiten und dem Vorhandensein von Schlachtstätten und Verarbeitungsbetrieben für tierische Nebenprodukte ist die Festlegung des Sperrgebietes zu Nr. 1 bzw. des Beobachtungsgebietes zu Nr. 2 geeignet aber auch erforderlich, um eine Verschleppung des Erregers der Geflügelpest möglichst zu verhindern bzw. möglichst frühzeitig zu erkennen, da aufgrund der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen weder andere Schutzmaßnahmen gefordert werden können, noch die Tierhalterinnen und -halter mehr als unbedingt notwendig in ihrem Bestimmungsrecht über ihre Tierhaltung beeinträchtigt werden.

### **Zu 3.:**

Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Ziffer 4 VwGO entfällt die aufschiebende Wirkung der Klage, soweit diese nicht bereits nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO i. V. m. § 37 Tiergesundheitsgesetz entfällt.

Es besteht ein besonderes öffentliches Interesse, dass die Festlegung des Sperrbezirks nach Nr. 1 sowie des Beobachtungsgebietes zu Nr. 2 schnellstmöglich wirksam wird.

Aus Gründen einer effektiven Tierseuchenbekämpfung ist es unbedingt erforderlich, dass schnellstmöglich um den Ausbruchsbetrieb herum ein Sperrbezirk und um diesen herum ein Beobachtungsgebiet nach §§ 21 und 27 der Geflügelpest-Verordnung festgelegt und damit die in diesen Vorschriften bezeichneten und mit der Bekanntgabe der Festlegung dieser Gebiete unmittelbar kraft Gesetzes wirksam werdenden Schutzmaßnahmen wie z. B. Verbringungsverbote in Kraft treten. Käme es hierbei zu einer zeitlichen Verzögerung, würde durch das entsprechend spätere Wirksamwerden der vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen die Verbreitung der Geflügelpest begünstigt oder könnte eine bereits stattgefundenen Verschleppung erst verspätet erkannt werden. Hierbei würden immense wirtschaftliche Schäden bei allen Halterinnen und Haltern von empfänglichen Tierarten entstehen.

Im Interesse einer effektiven Tierseuchenbekämpfung überwiegt das besondere öffentliche Interesse daran, dass auch während eines eventuellen Klageverfahrens erforderliche Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Das Interesse der Tierhalterinnen und -halter im Sperrbezirk bzw. Beobachtungsgebiet an Vollzugsschutz muss hinter diesem besonderen öffentlichen Interesse zurückstehen.

**Zu 4.:**

Der Vorbehalt des Widerrufs ist erforderlich, um insbesondere bei Änderung der Seuchenlage die Grenzen des Sperrbezirks oder des Beobachtungsgebietes entsprechend anpassen zu können.

**Zu 5.:**

Auf Grundlage der §§ 41 Absatz 4 Satz 4, 43 Absatz 1 VwVfG NRW kann als Zeitpunkt der Bekanntgabe einer Allgemeinverfügung der auf die Bekanntmachung folgende Tag bestimmt werden.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 32 40, 32389 Minden) oder mündlich zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Minden oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Verwaltungsgerichts Minden zu erheben. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Verwaltungsgericht Minden geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ein gereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung- ERW) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

**Hinweise:**

Falls die Frist durch das Verschulden einer von Ihnen bevollmächtigten Person versäumt werden sollte, so würde deren Verschulden Ihnen zugerechnet, Ihre Klage muss innerhalb der Monatsfrist bei Gericht eingegangen sein. Gegner einer Klage gegen diesen Bescheid ist der Kreis Paderborn.

Diese Allgemeinverfügung sowie die Karte des Sperrbezirkes und des Beobachtungsgebietes können während der üblichen Öffnungszeiten im Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen des Kreises Paderborn, 33102 Paderborn, Aldegrevestr. 10-14, Gebäude D, Zimmer D.00.24, eingesehen werden.

Im Auftrag

grez.

Beninde

**Hinweise:**

1. Kraft Gesetzes gilt Folgendes: Innerhalb des unter Nr. 1 festgelegten **Sperrbezirkes**
  - 1.1. darf das Geflügel und die in Gefangenschaft gehaltenen Vögel anderer Arten nur in geschlossenen Ställen oder unter einer Schutzvorrichtung gehalten werden,
  - 1.2. haben Tierhalter dem Kreis Paderborn - Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen - unverzüglich die Anzahl der von Ihnen gehaltenen Vögel unter Angabe ihres Standortes, der Nutzungsart und die Anzahl der verendeten gehaltenen Vögel sowie jede Änderung anzuzeigen,
  - 1.3. dürfen gehaltene Vögel, Säugetiere, Fleisch von Geflügel und Federwild, Eier sowie von Geflügel und Federwild stammende sonstige Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte weder in noch aus einem Bestand mit gehaltenen Vögeln, Futtermittel nicht aus einem Bestand verbracht werden,
  - 1.4. haben Tierhalter sicherzustellen,
    - a) dass die Ein- und Ausgänge zu den Ställen oder die sonstigen Standorte des Geflügels gegen unbefugten Zutritt oder unbefugtes Befahren gesichert sind,
    - b) die Ställe oder sonstigen Standorte des Geflügels von betriebsfremden Personen nur mit betriebseigener Schutzkleidung oder Einwegschutzkleidung betreten werden und dass diese Personen die Schutz- oder Einwegschutzkleidung nach Verlassen des Stalles oder sonstigen Standortes des Geflügels unverzüglich ablegen,
    - c) Schutzkleidung nach Gebrauch unverzüglich gereinigt und desinfiziert und Einwegschutzkleidung nach Gebrauch unverzüglich unschädlich beseitigt wird,
    - d) nach jeder Einstallung oder Ausstallung von Geflügel die dazu eingesetzten Gerätschaften und der Verladeplatz gereinigt und desinfiziert werden und dass nach jeder Ausstallung die frei gewordenen Ställe einschließlich der dort vorhandenen Einrichtungen und Gegenstände gereinigt und desinfiziert werden,
    - e) betriebseigene Fahrzeuge abweichend von § 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Viehverkehrsverordnung unmittelbar nach Abschluss eines Geflügeltransports auf einem befestigten Platz gereinigt und desinfiziert werden,
    - f) Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Gerätschaften, die in der Geflügelhaltung eingesetzt und in mehreren Ställen oder von mehreren Betrieben gemeinsam benutzt werden, jeweils vor der Benutzung in einem anderen Stall oder im abgebenden Betrieb vor der Abgabe gereinigt und desinfiziert werden,
    - g) die ordnungsgemäße Schadnagerbekämpfung durchgeführt wird und hierüber Aufzeichnungen gemacht werden,